

Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

Nr. 296. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens, an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Plotsy 4.—, wöchentlich Plotsy 1.—; Ausland: monatlich Plotsy 7.—, jährlich Plotsy 84.—, Einzelnummer 15 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer 109
Telephon 136-90. Postfachkonto 63.508
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30-3.30.

Anzeigenpreise: Die sieben gespaltene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengebote 50 Prozent Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnutzen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Plotsy; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

Ein Amnestieerlaß.

Straffreiheit für Vergehen, die mit Geldstrafe oder Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft wurden und Niedererschlagung von Strafflagen.

Die Regierung beabsichtigt, wie bereits mitgeteilt wurde, bereits heute eine Amnestie auf dem Wege der Dekretierung durch den Staatspräsidenten zu erlassen. Der Erlaß einer Amnestie steht im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Strafgesetzbuches.

Wie verlautet, werden auf Grund dieser Amnestie alle Strafverfahren, für die die Friedensgerichte oder die Verwaltungsbehörden zuständig sind, niedergeschlagen; außerdem werden alle bisher noch nicht erfüllten Strafen, die für Vergehen von den Gerichten oder Verwaltungsbehörden in Form von Geldstrafen oder Gefängnis bis zu 6 Monaten auferlegt wurden, erlassen.

Auf Grund des Amnestieerlasses werden die Gerichte mit Einverständnis der Staatsanwaltschaft auch andere Straffachen für Vergehen, für die das Strafmaß nicht mehr als Gefängnis bis zu 6 Monaten beträgt, niedergeschlagen, aber nur, wenn das Vergehen nicht von der Amnestie ausgenommen ist.

Zu den Vergehen, die der Amnestie nicht unterliegen, gehören: militärische Vergehen, Vergehen gegen die Staatsform, gegen die Waffenvorschriften, gegen die Finanz- und Steuervorschriften, Fälschung von Geld und Kreditpapiere, Verleitung zur Unzucht.

Die Amnestie umfaßt nicht Vergehen, die von privater Seite eingeleitet wurden, auch nicht Strafen für Finanzvergehen.

Die Amnestie soll am Tage der Veröffentlichung in Kraft treten.

Wie aus obigen Grundzügen des Amnestieerlasses zu ersehen ist, ist der Bereich der Amnestie ein äußerst enger. Es besteht der Eindruck, daß die Amnestie dazu sein soll, kleine Vergehen gegen die Verwaltungsvorschriften zu erlassen und die Friedensgerichte von dem Ueberfluß an Prozeßsachen geringerer Bedeutung zu befreien. Die Amnestie hat keine Bedeutung für politische „Verbrecher“, die in großer Anzahl in den Gefängnissen sitzen. Dadurch unterscheidet sich der neue Amnestieerlaß sehr von den früheren Amnestiegesetzen, die vom Sejm beschlossen wurden. Die neue Amnestie wird nur eine Reihe von den sogenannten Vergehen gegen das Pressegesetz strafrei machen und bereits angestrenzte Strafprozesse liquidieren.

Der neue Amnestieerlaß wird daher, gerade in politischen Kreisen Enttäuschung hervorrufen. Die Forderung nach einer weitgehenden politischen Amnestie, ohne Ausnahme der für Kommunismus zu langjährigen Zuchthausstrafen Verurteilten, ist weiterhin in vollem Umfange aufrechtzuerhalten.

Um die Einführung der 40-Stundenwoche

Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Tagung des Internationalen Arbeitsamtes in Madrid, auf der vor allem der italienische Antrag auf Einführung der 40-Stunden-Arbeitswoche in der Industrie beraten werden soll, hat die Zentrale der Union der Kopparbeiterverbände in Warschau an das Internationale Arbeitsamt ein Telegramm gerichtet, in dem das Arbeitsamt aufgefordert wird, eine solche Art der Einführung der 40-Stundenwoche zu beschließen, daß deren Verwirklichung in möglichst kurzer Zeit erfolgen kann. Gemäß den Forderungen der Union müßte die Arbeitszeitkürzung alle Kopparbeiter in Industrie, Handel und Buchwesen umfassen. Gleichzeitig muß die Gewähr vorhanden sein, daß die Einführung der 40-Stundenwoche nicht mit Gehaltskürzungen verbunden ist. Es wird vor allem auf den Widerspruch hingewiesen, der zwischen dieser Absicht und der Einführung der Handelsstunden an Sonn- und Feiertagen in Polen besteht. Besonders im Handel herrschen bereits heute sehr ungünstige Verhältnisse. Die Angestellten arbeiten oft bis 10 Stunden täglich und müssen nach Ladenschluß auch noch die Abrechnungen vornehmen und die Waren in Ordnung bringen, so daß dafür eine weitere Stunde in Betracht gezogen werden muß. Die Angestellten sind also nicht 46, sondern 68 Stunden, und in den Betrieben, in denen eine Mittagspause eingeschoben wird, 56 Stunden beschäftigt. Es ist deshalb schwer anzunehmen, daß die Arbeitszeit nach der Beschlußfassung in Madrid und dann Genf und nach der Ratifizierung durch die polnische Regierung eine Besserung erfahren werde. Zu befürchten ist ferner, daß in allen Unternehmen eine „rationellere“ Arbeitsweise eingeführt wird, so daß der Angestellte gezwungen sein wird, innerhalb von 6 Stunden daselbe zu leisten, was er jetzt in 8 Stunden leistet. Ferner ist zu befürchten, daß die Unternehmer Gehaltsreduzierungen vornehmen werden.

Zu dem neuen Beamtengeleth.

Der Dziennik Ustaw Nr. 87 bringt die neue Verfügung des Staatspräsidenten vom 7. 10. 1932, laut welcher das Zivil-Beamtengeleth vom 17. 2. 1922 einige Neuerungen bzw. Abänderungen erfährt. Besonders hervorzuheben ist die Bestimmung, nach welcher für jeden Beamten sogenannte Qualifikationslisten geführt werden müssen. Die Begutachtung der Arbeitsleistungen, die grundsätzlich zwei leitenden Beamten obliegt, wird in Noten, d. i. gut, genügend oder ungenügend zusammengefaßt. Lautet das Prädikat zweimal nacheinander ungenügend, kann der be-

treffende Beamte aus dem Dienst entlassen werden, und zwar bleibt es belanglos, ob es sich im jeweiligen Fall um einen etatsmäßigen oder um einen nicht fest Angestellten handelt. Punkt 14 der Verordnung besagt: Ein Beamter darf ohne Erlaubnis seiner vorgeordneten Behörde keine Nebenstellung einnehmen, die ihm irgendwelchen materiellen Nutzen bringt, und in Art. 65b heißt es: Jeder unmittelbare Vorgesetzte hat das Recht, den ihm unterge-

Das Urteil im Prozeß Preußen - Reich.

Kommisssorische Regierung darf nur vorübergehender Natur sein. Alle preußische Regierung ist Vertreter des Landes.

Berlin, 25. Oktober. Im Prozeß Preußen gegen Reich wurde heute mittag vom Staatsgerichtshof in Leipzig das Urteil gefällt. Danach ist die Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Juli 1932 mit der Verfassung vereinbar, soweit der Reichskanzler zum Reichskommissar für Preußen bestellt und ermächtigt wurde, die preußischen Minister vorübergehend ihrer amtlichen Befugnisse zu entziehen. Die Ermächtigung dürfte sich aber insofern nicht beziehen, dem preußischen Staatsministerium ihre Vertretung im Reichsrat, Reichstag oder gegenüber dem Reich oder dem Landtag, im Staatrat oder anderen Ländern zu entziehen.

In seiner Auseinandersetzung mit dem Inhalt der Notverordnung kommt der Staatsgerichtshof zu dem Entschluß, daß die Notverordnung nur so weit zulässig ist, als sie die Uebertragung einzelner Geschäfte und Befugnisse einer Landesregierung auf die Reichsorgane vorsieht. Der Inhalt der Verordnung ist aber insofern nicht vereinbar mit der Verfassung, soweit die Verordnung in andere Vorschriften der Reichsverfassung eingegriffen hat. Dazu gehören die Bestimmungen über die Abgrenzung der Länder, über den Aufbau des Reiches und über die Zuständigkeit der Länder. Zunächst handelt es sich um Art. 17 der Reichsverfassung, nach dem jedes der Länder eine freistaatliche Verfassung haben muß, auf die die Volkssouveränität aufgebaut ist und durch die jedes Land einen aus dem Lande selbst hervorgegangenen Landtag haben muß. An ihre Stelle kann auch vorübergehend kein anderes Organ gesetzt werden.

Dann kommt Art. 63 der Verfassung, nach dem das Land im Reichsrat durch Mitglieder der Regierung vertre-

ordneten Beamten — liegt es im Dienstinteresse — seine Amtes zu entheben. Durch diese scheinbar belanglose Bestimmung wird ein System geschaffen, welches dem Beamtenstand im Staatskörper eine recht eigenartige Stellung gibt. Es entsteht so eine Kaste, abhängig und geduckt, und zwar nicht allein in politischer Hinsicht! Ein Abschieben nicht nur arbeitsfauler Beamter läßt sich so unschwer erreichen, im geeigneten Fall auch kurz vor der Pensionsberechtigung. Es ist klar, daß sich diese Praktiken nun auch die Gemeinden aneignen werden. Bei den staatlichen Beamten tritt die Verfügung mit dem 1. November 1932 in Kraft.

Der Prozeß gegen Blachowski.

Die menschenunwürdigen Zustände in Zyrardow.

Der Prozeß gegen Blachowski, der den Zyrardower Direktor Kähler tötete, ist gestern fortgesetzt worden. Sehr ausführlich sagte als Zeuge der Direktor der Zyrardower Manufaktur Waskiewicz aus, der für die Zustände in den Zyrardower Werken allgemein verantwortlich gemacht wird. Er bezeichnet die Verhältnisse in dem Zyrardower Werk als normale und weist darauf hin, daß die Direktion dem Angeklagten gegenüber alles getan habe, was sie nur tun konnte. Blachowski habe sich aber in der Arbeit gehen lassen. Trotzdem aber habe er sich jowie Direktor Koehler für ihn eingesetzt. Im Gegensatz zu Dir. Waskiewicz schildert Dir. Jaleski in schwarzen Farben die Zustände in Zyrardow und antwortet auf die Frage des Staatsanwalts: „Kann man über Koehler sagen, daß er ein brutaler Mensch gewesen sei? — „Biel schlimmer, er war direkt ein Sadist“. Als Beispiele führt er an, daß Koehler den Arbeitern Zigaretten aus dem Mund gerissen habe, telephonische Hörapparate anlegen wollte und mit der Uhr in der Hand die Angestellten und Arbeiter kontrollierte. Auch andere Zeugen schildern die Verhältnisse als unhaltbar und menschenunwürdig. So wies der Zeuge Klose, Starost in Plock, darauf hin, daß in Zyrardow eine Mafia geherrscht habe. In dem Betriebe herrschte ein weitverzweigtes Spitzelsystem. Zeuge habe sogar nicht mal mit seiner Schwester über die Zustände sprechen können, da sie, die in den Werken beschäftigt war, Angst hatte, entlassen zu werden.

Die Verhandlung wird weitergeführt.

ten sein muß. Diese Vorschrift bestimmt den Einfluß der Länder auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches, der im Reichsrat ausgeübt wird. Diese Vorschrift ist für die Länder von größter Bedeutung. Diese Vertretung auf Grund des Art. 48, Abs. 2, einem Lande zu entziehen und sie einem Reichskommissar zu übertragen, bedeutet eine wesentliche Verschlechterung der Stellung des Landes. Es geht demnach nicht an, den Reichskommissar und seine Kommissare als Mitglieder des Reichsrates zu bestellen und die verfassungsmäßig bestellten Minister zu entheben. Der Landesregierung müssen die Befugnisse erhalten bleiben, die sie aus Gründen der Selbstverwaltung des Landes und der Stellung des Landes gegenüber dem Reich unerläßlich braucht. Es muß also die verfassungsmäßige Landesregierung als Organ eines Landes bestehen bleiben, und die verfassungsrechtlichen Vertreter im Reichsrat, Reichstag und den anderen Instanzen müssen belassen werden.

Der Staatsgerichtshof verkennt nicht die Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung der Verordnung unter diesen Beschränkungen ergeben, aber diese Schwierigkeiten müßten eben durch beiderseitigen guten Willen überwunden werden. Diese Bedenken können aber nicht zur Folge haben, daß verfassungsmäßige Garantien der Länder beiseite geschoben werden. Soweit etwa bestehende Landesregierungen die Geschäfte in einer Art führen sollten, in der eine Pflichtverletzung gegenüber dem Reich zu erblicken wäre, werde der Reichspräsident auf Grund des Art. 48, Abs. 1, weitgehende Eingriffe in die Rechte des betreffenden Landes vornehmen können.

Durch ein Ruhen der preußischen Stimmen im Reichsrat wird eines der wichtigsten Organe Preußens lahm-

gelegt. Eine Übertragung der preußischen Stimmen auf den Reichskommissar, also auf das Reich selbst, würde auch die Stellung der übrigen Länder gegenüber dem Reich auf das erheblichste beeinträchtigen. Im übrigen liegt es beim preußischen Landtag, durch Bildung einer neuen Regierung dem jetzigen Zustande schnellstens ein Ende zu bereiten. Dem Reichskommissar stand dagegen unbedingt das Recht zu, Beamte in den Ruhestand zu versetzen, sie zu entlassen und neue zu ernennt. Diese Ermächtigung des Reichskommissars zur Ausübung solcher Befugnisse liegt in der dem Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48, Abs. 2, gewährten Zuständigkeit.

Aus allen diesen Erwägungen ergibt sich, daß die Verordnung vom 20. Juli 1932 insofern mit der Verfassung vereinbar ist, als sie die ministerielle Befugnisse in Preußen aus dem Kreis der Landesgeschäfte herausnimmt und dem Reichskommissar überträgt, daß von dieser Übertragung aber die Vertretungen im Reichsrat, Reichstag und sämtliche anderen Vertretungen des Landes gegenüber dem Reich und anderen Ländern und die Befugnisse gegenüber dem Landtag und dem Reichsrat ausgenommen werden müssen.

**Kommissarische Regierung pocht auf ihre Macht.**

Berlin, 25. Oktober. Aus Kreisen der kommissarischen preußischen Regierung verlautet über ihre Stellung zu dem Leipziger Urteil, daß sie praktisch für die preußische Staatsführung keinerlei Folgen nach sich ziehen werde. Das Reichsgericht habe bestätigt, daß die kommissarische Regierung zu Recht die preußische Staatsgewalt und die Verwaltung ausübe. Was die der alten preußischen Regierung vom Reichsgericht zugesprochenen Rechte angehe, so müsse man erst abwarten, in welcher Weise diese sie geltend machen werde. Der ganze Verwaltungsapparat Preußens befände sich rechtmäßig in Händen der kommissarischen Regierung. Einen Rechtsanspruch, ihn ebenfalls zu benützen, hätte die alte Regierung nicht. Es sei Sache des Reichskommissars, nach seinem Ermessen zu entscheiden. Wie sich praktisch die Dinge entwickeln würden, hinge ganz von dem Verhalten der alten preußischen Regierung ab.

**Rechtliche und politische Schwierigkeiten.**

Berlin, 25. Oktober. Die Auffassung der Berliner Abendblätter über das Urteil des Staatsgerichtshofes zum Konflikt Preußen — Reich ist insofern fast übereinstimmend, als in Kommentaren die rechtlichen und politischen Schwierigkeiten betont werden, die sich als Auswirkung des Urteils ergeben.

**Alle Preußenregierung einberufen.**

Berlin, 25. Oktober. Ministerpräsident Brauns hat für Mittwoch vormittag die früheren preußischen Staatsminister zu einer Sitzung einberufen, in der zum Leipziger Urteil Stellung genommen werden soll. Wie verlautet, wird die kommissarische Regierung dem Zusammentritt der alten preußischen Regierung keine Schwierigkeiten machen.

**Einberufung des Reichsrats.**

Berlin, 25. Oktober. Nachdem nunmehr das Urteil des Staatsgerichtshofes im Streit Preußen — Reich ergangen ist, ist die Frage aufgeworfen worden, wann die nächste Sitzung des Reichsrats stattfindet, der in Anbetracht der bisherigen ungeklärten Lage hinsichtlich der Vertretung Preußens im Reichsrat bereits seit längerer Zeit nicht mehr zusammengetreten war. Obwohl sich bereits umfangreicher Beratungsstoff angesammelt hat, wird der Reichsrat voraussichtlich also erst in der auf den 6. November folgenden Woche zusammentreten. Ueber die Frage, wer als Vertreter Preußens an den kommenden Beratungen teilnehmen wird, ist bis jetzt eine Entscheidung noch nicht getroffen worden.

**Polnische Militärflugzeuge über deutschem Boden.**

Schneidemühl, 25. Oktober. Wie erst jetzt einwandfrei festgestellt wurde, überflogen am Montag nachmittag zwei polnische Flugzeuge die deutsche Grenze in der Nähe von Uchhauland im Netzekreis und wendeten sich dann nach Schneidemühl. Die beiden Flugzeuge zogen in beträchtlicher Höhe eine Schleife über Schneidemühl, insbesondere über dem Bahnhof und flogen darauf rasch nach dem Kreis Flatow. Bei Schönfeld verließen sie das deutsche Gebiet. Vom Standortkommando wurden die polnischen Hoheitsabzeichen an den beiden Doppeldeckern einwandfrei festgestellt. Es dürfte mit Sicherheit feststehen, daß es sich um zwei polnische Militärflugzeuge handelt, die widerrechtlich die Grenze überflogen haben.

**Verhaftung eines Industriellen.**

In Warschau wurde der Vorsitzende der Verwaltung der Polnischen Flugzeugfabrik und Vizevorsitzende des Aeroklubs der Republik Polen, Baron Stanislaw Roszkeja-Rosenwerth, verhaftet und in Untersuchungshaft genommen. Gegen den Industriellen Rosenwerth ist eine Klage angängig gemacht worden, die im Zusammenhang mit der Flugzeugfabrik „Podlaska Wytwornia Samochodowa“ steht. Diese Fabrik war früher im Besitz des Barons Rosenwerth und gehört heute dem Staate. Die Verhaftung hat großes Aufsehen erregt. Als Sachwalter des Verhafteten tritt Rechtsanwalt Paszalski auf, der führender Sejmabgeordneter der Regierungspartei ist (!).

**Die japanisch-russischen Botenverhandlungen**

**Japans ultimativer Standpunkt in der Mandchureifrage.**

Tokio, 25. Oktober. Der japanische Botschafter in Moskau und der sowjetrussische Botschafter in Tokio sind in Tokio im Auftrage ihrer Regierungen übereingekommen, Vorverhandlungen zum Abschluß eines russisch-japanischen Nichtangriffspaktes zu eröffnen. Es ist zunächst beabsichtigt,

**ein Vorabkommen wirtschafts- und handelspolitischen Inhalts**

abzuschließen. Nach den Wünschen der japanischen Regierung sollen die eigentlichen Verhandlungen Mitte Dezember aufgenommen werden. Zu diesem Zwecke wird der stellvertretende russische Außenkommissar Karachan in Tokio erwartet. Das Vorabkommen soll die Gewährung russischer Fischerei- und Forstrechte an Japan umfassen.

Die Japaner beabsichtigen, Moskau für die russischen Anteile an der chinesischen Ostbahn ein Kaufangebot zu machen. Der geplante Vertrag soll außerdem die russisch-mandschurische Grenze genau festlegen. Ferner soll der Vertrag eine Bestimmung über die Lieferung japanischer Maschinen und anderer Waren nach Rußland enthalten, um „Rußland bei der Durchführung des 5-Jahresplanes zu unterstützen“.

Der zurzeit auf dem Wege nach Genf befindliche japanische Vertreter beim Völkerbund Matsuo wird einige Tage in Moskau verbringen, um mit Außenkommissar Litwinow und Karachan über die Einzelheiten des geplanten Abkommens zu verhandeln. Voraussetzung für die Annahme eines derartigen Abkommens würde für Japan die ausdrückliche Anerkennung der Mandchurei durch Rußland sein.

Die bisherige Weigerung Rußlands, die Mandchurei anzuerkennen, soll nach japanischer Ansicht auf den Argwohn der Russen zurückzuführen sein, da das japanisch-mandschurische Protokoll eine Bestimmung enthalte, die den sowjetrussischen Interessen sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht abträglich sein soll. Matsuo ist, wie verlautet, beauftragt worden, diesen Argwohn zu zerstreuen und auf die Bedeutung einer engen russisch-japanischen Zusammenarbeit im Interesse des Friedens im Fernen Osten hinzuweisen. Matsuo soll in Moskau auch versuchen, auf die Entsendung eines sowjetrussischen Vertreters nach Genf zur Teilnahme an den Verhandlungen des Völkerbundes über den Bericht des Mandchureiausschusses (Lytton-Bericht) einzuwirken.

Halbamtlich wird gemeldet, daß Matsuo vom japanischen Kabinett folgende

**Anweisungen für die Haltung der japanischen Abordnung zu den Beratungen des Völkerbundes über den Lytton-Bericht**

- erhalten hat:
- 1. Bei den Beratungen über die mandchurische Frage muß der Völkerbund die japanischen Sonderinteressen in der Mandchurei anerkennen.
- 2. Die Erörterungen müssen im Rahmen des Lytton-Berichts bleiben und unter dem Gesichtspunkt geführt werden, daß das mandchurische Reich ein unabhängiger Staat sei, der nichts mit der chinesischen Republik zu tun habe.
- 3. Falls der Völkerbund zu einem Beschluß kommen sollte, der gegen die japanischen Interessen verstoße, soll

**Parlamentsauflösung in Belgien.**

**Neuwahl der Kammer und des Senats am 27. November.**

Brüssel, 25. Oktober. Die Regierung Broqueville hielt am Dienstag im Beisein des Königs einen ersten Ministerrat ab. Das Ergebnis dieser Besprechung ist der Beschluß der sofortigen Parlamentsauflösung. Das Auflösungsdekret wird gleichzeitig mit einem Aufruf an das Volk am Freitag oder Sonnabend im belgischen Staatsanzeiger veröffentlicht. Neuwahlen sind für Kammer und Senat auf den 27. November und für die Provinzialräte auf den 4. Dezember festgesetzt. Man hofft, daß das neugewählte Parlament zwischen dem 20. und 24. Dezember zusammentreten kann. Die Parteien haben inzwischen mit der Veröffentlichung ihrer Wahlauftrufe begonnen.

**Zusammentritt der französischen Kammer**

**Die Landwirtschaftskrise das dringendste Problem.**

Paris, 25. Oktober. Nach dreimonatiger Ferienunterbrechung trat die französische Kammer am Dienstag wieder zusammen. Vor vollbesetzten Tribünen und vollzählig erschienenen Regierungsmitgliedern wurde sofort die Aussprache über die Aufstellung des Arbeitsprogramms aufgenommen, die einen für alle Beteiligten unerwarteten Ausgang nahm. Die Abstimmung über die Tagesordnung ergab, daß sich 500 gegen 78 Abgeordnete für die sofortige Aussprache über die Landwirtschaftskrise erklärten und nicht, wie angenommen wurde, über außenpolitische Fragen. Da etwa 20 Anfragen über die Krise in der Landwirtschaft vorliegen, rechnet man mit einer zwei- bis dreitägigen Aussprache, so daß die Behandlung der außenpolitischen Fragen vor dem Wiederzusammentritt der Abklärungskonferenz am 3. November sehr problematisch geworden ist. Ministerpräsident Herriot verweist bekanntlich am Sonnabend und kehrt erst am 7. November nach Paris zurück.

In der der Abstimmung vorausgegangenen allgemei-

Matsuo amtlich den Austritt Japans aus dem Völkerbund erklären.

4. Falls der Völkerbund die japanischen Interessen berücksichtige, soll Matsuo vorschlagen, sämtliche Erörterungen über die mandchurische Frage um drei oder vier Jahre zu verschieben.

**China soll wieder Monarchie werden?**

**Japan erweitert seine Pläne auf ganz China.**

Paris, 25. Oktober. Ueber einen bevorstehenden Zusammenschluß der nordchinesischen Provinzen mit dem Mandchureistaat werden immer wieder neue Gerüchte verbreitet. Neuerdings scheinen diese Gerüchte dadurch eine Bestätigung erfahren zu haben, daß sowohl

**Vertreter Japans in China als auch eine Reihe chinesischer Politiker, die Gegner der Nationalregierung in Nanking sind, in Tokio eintrafen.**

Es heißt sogar, daß eine Wiedereinsetzung des früheren chinesischen Kaisers und jetzigen mandchurischen Staatspräsidenten Pui auf den chinesischen Kaiserthron geplant sei. Zu diesen Gerüchten meldet ein französisches Nachrichtenblatt, daß

**von japanischer Seite aus bereits Verhandlungen über die Wiederaufrichtung der Monarchie in China eröffnet worden seien.**

Der japanische Gesandte in China habe in Peking eine Versammlung einberufen, an der Vertreter der neuen Mandchureiregierung, zahlreiche japanische politische Führer und eine Gruppe ehemaliger chinesischer Militärführer teilgenommen hätten. Bei dieser Versammlung sei zum Ausdruck gekommen, daß es der chinesischen Nationalregierung in Nanking nicht gelingen sei, China unter einheitlicher Führung zu vereinheitlichen. Infolgedessen sei es notwendig, daß die Nankingregierung ihre Macht abgebe an eine in Peking einzurichtende neue Zentralregierung. Die Bestrebungen zur Wiederaufrichtung der Monarchie sollen sogar die Zustimmung des Marschalls Tschanghsjueliang gefunden haben.

**Generalstreik im Sibirischen Verkehrsweien**

Tokio, 25. Oktober. Infolge des Scheiterns von Lohnverhandlungen hat der Transportverband von Tokio für Mittwoch einen Generalstreik im gesamten sibirischen Straßenbahn- und Autobusverkehr ausgerufen. Die Polizei hat 10 000 Mann zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Bewachung der Straßenbahnwagen mobilisiert. Viele Räubersführer der Streikbewegung sind verhaftet worden. Die Behörden beabsichtigen den Verkehr mit Not- hilfsangestellten aufrechtzuerhalten.

**Neue chinesische Note an den Völkerbund.**

Nanking, 24. Oktober. Das chinesische Außenministerium teilt mit, daß es eine Note an den Völkerbund gerichtet habe, in der die tatsächliche Lage in den einzelnen chinesischen Provinzen dargelegt wird. Die Note solle den japanischen Bestrebungen im Völkerbund vorbeugen, den chinesischen Bürgerkrieg zur Begründung des japanischen Vorgehens in China zu benutzen.

nen Aussprache wiesen die Vertreter der Landwirtschaft auf die dringende Notwendigkeit hin, der Krise durch sofort zu verwirklichte Beschlüsse der Kammer zu steuern, während die Antragsteller der außenpolitischen Aussprache den Standpunkt vertreten, daß die Regierung die bevorstehenden für Frankreich entscheidenden internationalen Verhandlungen nicht aufnehmen könne, ohne vorher mit der Kammer Fühlung genommen zu haben.

**Protestkundgebungen der französischen Eisenbahner.**

Paris, 24. Oktober. In 34 französischen Provinzstädten sind am Sonntag von den der C.G.T. angeschlossenen Eisenbahnergewerkschaften große Protestkundgebungen gegen die beabsichtigte Herabsetzung der Gehälter und Löhne der Staatsbeamten und Arbeiter veranstaltet worden.

**Vor neuen Zollserhöhungen in Amerika?**

Washington, 25. Oktober. Präsident Hoover hat den Zolltarifausschuß aufgefordert, die Zollsätze für folgende Einfuhrartikel zwecks Erhöhung zu prüfen: Teppiche, Bürsten, Glühbirnen, Messerwaren, Töpfereien, Stahl, Eisen, Gummischuhe, Schuhe, Lederhandschuhe, Silberartikel, Schmuckachen, Metallwaren, Holzwaren, chemische Erzeugnisse, Gemüse, Fischkonserven und getrocknete Bohnen.

**Wieder Tote auf den Philippinen.**

New York, 24. Oktober. Auf der Philippineninsel Solo wurden, den letzten Berichten zufolge, 32 Moros bei Zusammenstößen mit Philippinen-Gendarmen getötet. Unter den Toten befinden sich 8 Frauen und 6 Kinder von Eingeborenen, die sich geweigert hatten, ihre Männer zu verlassen. — Führung, sehr kennzeichnende Methoden der amerikanischen Kolonialbehörden.

**Macdonald über die Wirtschaftslage.**

London, 25. Oktober. Der englische Ministerpräsident Macdonald machte am Dienstag nachmittag bei der Beantwortung einer Frage des Führers der unabhängigen Arbeiterpartei Maxton im Unterhaus einige Ausführungen über die Wirtschaftslage. Macdonald erklärte, es werde immer die Politik der englischen Regierung sein, mit allen in ihrer Macht befindlichen Mitteln für eine das ganze Land erfassende Wiederbelebung des Handels und der Industrie zu sorgen, durch den Ausgleich des Haushalts, durch die Konvertierung der Staatsschulden auf einen niedrigen Zinssatz, durch Erleichterung der Bereitstellung von reichlichen Geldmitteln, durch die Förderung des Handels innerhalb des englischen Weltreiches und schließlich durch Verhandlungen mit den ausländischen Staaten für die Beseitigung oder Herabsetzung der bestehenden internationalen Handelshemmnisse. Kein Land könne hoffen, den Wirkungen eines derartigen Zustandes der Depression, wie er jetzt in der ganzen Welt herrsche, vollkommen zu entziehen. In der Erzeugung und Ausfuhr jedoch sei England seit Dezember des vorigen Jahres verhältnismäßig unverletzt geblieben, während in Amerika, Frankreich und Deutschland große Niedergänge zu verzeichnen gewesen seien.

**Die Arbeiterpartei gegen die Ottawaer Abmachungen.**

London, 25. Oktober. Der Schatzkanzler Neville Chamberlain brachte am Dienstagmorgen um 2.15 m. e. z. im englischen Unterhaus „das Gesetz über die Ottawaer Abmachungen“ ein. Die Einbringung wurde von der Ministerbank und den Regierungsparteien mit großem Beifall begrüßt. Nach der ersten Lesung verlagte sich das Haus.

London, 25. Oktober. Vor der Einbringung des Gesetzes über die Ottawaer Abmachungen nahm das Unterhaus die Finanzentscheidungen zu diesen Abmachungen im Berichtsstadium mit 269 gegen 69 Stimmen an. Entgegen einem arbeiterparteilichen Antrag, die Klauseln über die Kontingentierung der Gefrier- und Kühlfleischimporte zu streichen, erklärte der Regierungsvertreter, daß die Regierung unter Umständen sogar noch weitere Verbesserungen dieser Einfuhren vorzuziehen werde, wenn sie vom Zollauschuß empfohlen würden. Auf den Vorschlag eines arbeiterparteilichen Abgeordneten, daß die Kleinhandelspreise durch die Kontingentierungspolitik in die Höhe getrieben würden, wurde von der Regierung erklärt, daß das ganze Verfahren ein Versuch sei, der bei einem Mißlingen wieder aufgegeben werden könne. Ein starkes Anziehen der Kleinhandelspreise sei nicht zu erwarten.

**Mißtrauensantrag der englischen Arbeiterpartei.**

London, 25. Oktober. Lansbury brachte heute im Unterhaus einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung ein, der u. a. damit begründet wird, daß die Regierung wirksame Schritte gegen die Wirtschaftslage in Großbritannien nicht getan habe, wie sie sich infolge der wachsenden Zahl der Arbeitslosen entwickelt habe.

In der Nachfrözung wurde der Mißtrauensantrag der arbeiterparteilichen Fraktion abgelehnt.

George Lansbury wurde in einer Sitzung der Fraktion der Arbeiterpartei auch formell zum parlamentarischen Führer der Arbeiterpartei gewählt. Er tritt an die Stelle Hendersons, der freiwillig auf das Amt verzichtet hat, da er zurzeit keinen Sitz im Unterhaus hat.

**Senkung der Polizeibeamtenbezüge in England.**

London, 25. Oktober. Der englische Innenminister kündigt eine allgemeine Senkung der Bezüge der Polizeibeamten an. Diese Bezüge sollen um 5 v. H. gesenkt werden mit Wirkung vom 1. November. Diese angefündigte Maßnahme bedeutet die endgültige Durchführung der im vorigen Herbst in Aussicht gestellten 10prozentigen Kürzung der Bezüge der Polizeibeamten, die bisher nur zur Hälfte in Kraft getreten war.

**Layton vom Vorbereitungsausschuß der Weltwirtschaftskonferenz zurückgetreten.**

London, 25. Oktober. Sir Walter Layton, der bekannte englische Wirtschaftler, ist von dem vorbereitenden Ausschuß für die Weltwirtschaftskonferenz zurückgetreten.

**Kammerfängerin vom Gatten angeschossen**

In Berlin hat sich Sonntag nachts vor dem Bühnenhaus der Städtischen Oper ein blutiges Ehedrama abgespielt, dem die berühmte Kammerfängerin Gertrud Winder-nagel zum Opfer fiel. Die 38jährige Künstlerin wurde von ihrem Ehemann, dem 53jährigen Bankier Wilhelm Hünze, niedergeschossen und lebensgefährlich verletzt. Nach der Tat wurde Hünze von den Theaterangestellten beinahe gehindert. Er versuchte sich selbst zu töten, doch versagte die Waffe. Der Mörder wurde verhaftet.

Das Befinden der Verwundeten wird von den behandelnden Ärzten als leidlich bezeichnet. Die Lebensgefahr ist jedoch noch nicht beseitigt, da der Darm zerrissen ist und nach wie vor die Möglichkeit einer Bauchfellentzündung besteht. Die Kugel konnte noch nicht aus dem Körper entfernt werden.

Der Grund für die Tat ist in ehelichen Zwistigkeiten zu suchen.

**Der französische Sicherheits- und Abrüstungsplan**

**Wer hat gefiegt: Generalstab oder Regierung?**

Paris, 25. Oktober. Der Studienauschuß des obersten Landesverteidigungsrates ist in den Abendstunden des Montag erneut zusammengetreten, um die am Montag vormittag begonnene Prüfung des Sicherheits- und Abrüstungsplanes fortzusetzen. Die Beratungen dauerten bis gegen 1 Uhr nach Mitternacht und sollen angeblich zu einer Einigung zwischen der Regierung und den Mitgliedern des großen Generalstabes geführt haben. Ueber die Sitzung wurde eine kurze Verlautbarung herausgegeben, in der es heißt, daß der Plan am kommenden Freitag dem obersten Landesverteidigungsrat und dann dem Ministerrat zur Annahme unterbreitet werde. Er werde dann den an der Genfer Abrüstungskonferenz beteiligten Mächten vorgelegt. Der genaue Zeitpunkt der Vorlegung in Genf ist in der Verlautbarung noch nicht angegeben und man macht in gut unterrichteten politischen Kreisen nach wie vor die ausdrücklichen Vorbehalte über die Einhaltung der ursprünglich angegebenen Frist.

Der sozialistische „Populaire“ hält inzwischen seine am Montagmorgen gegebene Information aufrecht, daß der Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte General Weygand mit seinem Rücktritt gedroht habe, falls die von Paul Boncour vorgeschlagenen Abrüstungsmaßnahmen bezüglich der Landstreitkräfte aufrecht erhalten bleiben. Das „Devoir“ will sogar wissen, daß der Ministerrat, der am heutigen Mittag unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten im Elysee zusammentritt, sich eingehend mit der Haltung General Weygands gelegentlich der Beratungen des Studienauschusses befassen wird.

Wie weiter verlautet, sollen sich die Vorbehalte der Mitglieder des großen Generalstabes in erster Linie gegen gewisse Vorschläge gerichtet haben, deren Durchführung die Verteidigung der Ueberseegebiete nach Ansicht der Militärs in Frage gestellt hätten. Es soll in diesem Zusam-

menhang zwischen General Weygand und dem Kolonialminister Sarraut zu einem ziemlich scharfen Wortwechsel gekommen sein, der erst in den Abendstunden eine Klärung erfahren hat.

**Painlevé sagt: Es waren nur Meinungsverschiedenheiten.**

Paris, 25. Oktober. Luftfahrtminister Painlevé sprach nach Beendigung der Sitzung des Studienkomitees einem Vertreter des „Echo de Paris“ gegenüber seine Befriedigung über das Zustandekommen der Einigung aus und erklärte, daß die Gerüchte von einem scharfen Konflikt zwischen der Regierung und General Weygand übertrieben gewesen seien. Es habe natürlich Meinungsverschiedenheiten gegeben, aber das sei durchaus normal. Herriot gab zu verstehen, daß auf Grund dieser Gerüchte die Studienkommission etwas schneller arbeiten müssen. Nach seiner Ansicht wäre aber ein langsames Arbeiten vorzuziehen gewesen. Die Hauptsache sei jedoch, daß eine Einigung erzielt worden und das Ergebnis der Arbeiten befriedigend sei.

**Japan lehnt Hooverplan ab.**

Tokio, 25. Oktober. Der Ministerrat hat am Dienstag in einer Sitzung den Beschluß des japanischen Außen- und des Marineministeriums über die Ablehnung der Hooverschen Abrüstungsvorschläge bestätigt. Die japanische Abordnung in Genf soll Anweisung erhalten, den Grundsatz der Einschränkung der Angriffswaffen zu vertreten und keinerlei Zugeständnisse zu machen.

Die japanische Regierung hat eine neue Reihe von Vorschlägen zur Flottenabrüstung fertiggestellt.

**Aus Welt und Leben.**

**Benzintankauto explodiert.**

**Schweres Verkehrsunfall bei Paris.**

Paris, 25. Oktober. In dem Pariser Vorort Arpajon hat sich in der vergangenen Nacht ein folgenschweres Verkehrsunfall ereignet. Ein mit Benzinbehältern beladener Lastkraftwagen stieß mit dem Zug einer Lokalbahn zusammen, dessen Gleise auf der Straße verlegt sind. Infolge des heftigen Zusammenstoßes plachte der Tank des Lastwagens. Das austretende Benzin fing Feuer. Im Nu griffen die Flammen auch auf die Benzinleitung über und brachten die Benzinbehälter zur Explosion. Das brennende Benzin wurde gegen den Zug und die der Unglücksstelle benachbarten Häuser geschleudert. Mehrere Wagen des Zuges verbrannten. Außerdem wurde ein dreistöckiges Haus, in dem sich ein Geschäft für Haushaltsartikel befand, vollkommen eingeeichert. Zwei Häuser wurden schwer in Mitleidenschaft gezogen. Der Chauffeur des Lastkraftwagens, der in seinem Sitz eingeklemmt war, kam in den Flammen um.

**Eisenbahnunglück in Ostpreußen.**

Im ostpreußischen Bahnhof Tiefensee fuhr Montag nachmittag ein Personenzug auf einen haltenden Güterzug. Die Lokomotive des Personenzuges und der Postwagen entgleisten. Ein Bahnbediensteter wurde schwer, drei Reisende leicht verletzt.

**74jährige Greisin verbrannt.**

Am Dienstag gegen 3 Uhr morgens kam in Wilmerdorf bei Berlin bei einem Wohnungsbrand die 74jährige Wohnungsinhaberin in den Flammen um. Bei den Löscharbeiten wurde ein Feuerwehrmann schwer verletzt. Die alte Frau, die die Wohnung allein bewohnte, hatte seit längerer Zeit krank zu Bett gelegen und sollte im Laufe des Dienstag in ein Krankenhaus gebracht werden.

**Oesterreichischer Gewerkschaftsführer gestorben.**

In Wien ist der sozialdemokratische Nationalrat Janacek einem Herzschlag erlegen. Janacek war ein hervorragendes Mitglied der sozialdemokratischen Partei, Vorstand des Metall- und Bergarbeiterverbandes und außerdem Vorsitzender des Bundes der Freien Gewerkschaften.

**Frau Hanau wegen Krankheit hastentlassen.**

Frau Hanau, die frühere Präsidentin der „Gazette du Franc“ und jetzige Leiterin der Finanzzeitschrift „Force“, die sich seit Monaten wegen Finanzschwindelereien in Paris in Untersuchungshaft befand, ist am Montag in Anbetracht ihres Gesundheitszustandes vorläufig auf freien Fuß gesetzt worden. Frau Hanau befand sich schon seit Wochen in einer Klinik. Sie hatte bei einem Kraftwagenunfall eine schwere Beinverletzung davongetragen. Der Prozeß, der ursprünglich vor zwei Wochen stattfinden sollte, mußte im Zusammenhang damit verschoben werden.

**Literatur der afrikanischen Neger.**

Ein Zeichen des kulturellen Aufschwunges Afrikas ist die Tatsache, daß die afrikanischen Stämme mehr und mehr ein Schrifttum erhalten, und dadurch auf eine völlig andere Stufe der Zivilisation kommen, als dies früher der Fall

gewesen ist. Die Zahl der afrikanischen Sprachen und Dialekte ist sehr groß und wird auf etwa 1200 geschätzt, von denen ungefähr die Hälfte eine weitere Verbreitung hat. In 243 Sprachen bestehen die Anfänge einer Literatur, wie durch christliche Missionare mitgeteilt wird. Allerdings sind erst in 17 Sprachen je 25 Werke herausgegeben worden, die Zahl in den anderen Sprachen ist erheblich geringer. Immerhin ist ein Anfang, Afrika aus dem Analfabetismus zu erheben, gemacht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Eingeborenen außer in der eigenen Sprache auch in europäischen Sprachen lesen lernen.

**Der Südamerikadienst mit dem „Graf Zeppelin“.**

Dr. Eckener äußerte sich über einen geplanten ganzjährigen Südamerikadienst mit dem Luftschiff „Graf Zeppelin“ zu einem schweizer Pressevertreter. Durch die diesjährigen programmäßig durchgeführten Südamerikafahrten des Luftschiffes habe sich die Regierung Brasiliens von der Sicherheit des Luftschiffes überzeugt, so daß sie sich bereit erklärt habe, Mittel zum Bau einer Luftschiffhalle in Rio de Janeiro zur Verfügung zu stellen. Weiter erklärte Dr. Eckener, daß ein eventueller in Aussicht zu nehmender ganzjähriger Südamerikadienst frühestens im Spätherbst des nächsten Jahres aufgenommen werden könne, da für den Bau einer Zeppelinhalle mindestens ein Jahr gebräucht werde.

**Die dickste Frau der Welt gestorben.**

Die amerikanische Stadt Richmond ist um ihre größte Sensation ärmer geworden: Frau Alpina Bitch lebt nicht mehr. Diese erst 40jährige Frau gehörte zu den bekanntesten Persönlichkeiten der Stadt; nicht wegen ihrer Verdienste auf irgendeinem Gebiete, sondern lediglich, weil sie den größten Leibumfang hatte, den die Menschheit bis jetzt hervorbringen vermochte. Nicht umsonst wurde sie die dickste Frau der Welt genannt; sie konnte dokumentarisch nachweisen, daß sie es tatsächlich war.

Frau Alpina Bitch wog 732 Pfund und hatte eine dementsprechende Figur. Tagtäglich trat sie in einem Variete auf, wohin aus ganz Amerika Menschen strömten, um auch diese echt amerikanische Größe wenigstens einmal in Leben mit eigenen Augen bewundern zu können. Frau Bitch rühmte sich, daß ihr wegen ihres Umfanges Krankheit nichts anhaben könne; und nun wollte es die Vorsehung, daß sie an einem Schnupfen erkrankte und von dieser sonst harmlosen Verköhlung dahingerafft wurde.

**Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens**

**Exekutive der Stadt Łódz.**

Mittwoch, um 7 Uhr abends, findet in der Petrikauer 109 eine Sitzung der Exekutive des Vertrauensmännerrats der Stadt Łódz statt.

**Börsennotierungen.**

Geld.	Paris	35.08
Berlin	211.50	26
Lanzig	—	172
London	29.75	106.60
Newyork	8.91	—

Verlagsgesellschaft „Volkspreße“ m. b. H. — Verantwortlich für den Verlag: Otto Abel. — Verantwortlicher Schriftleiter: Dipl.-Ing. Emil Kerbe. — Druck: „Prasa“ Łódz, Petrikauer Straße 101

# NEUZEITLICHE MARKTHALLEN

**Petrikauer 317 auf dem Geyer'schen Platz beim Reymont-Platz, Petrikauer 317**  
werden baldigst dem Publikum zur Benutzung übergeben.

Die erwähnten Hallen sind nach den neuesten Anforderungen der Technik und Hygiene errichtet; mit Glasdach versehen, asphaltiert, mit elektrischem Licht und Wasserleitung versehen. Außerdem besitzen die Hallen innen wie außen Läden verschiedener Größen, die sich für jegliche Handelsbranchen eignen, sowie Verkaufsstände und einen Platz für 2000 Wagen. Eingang von den Straßen: Petrikauer, Wolczanska und Babianicer Chaussee.

**Die Läden und Handelsstände sind schon zu vermieten,**

weshalb die interessierten Personen die Pachtverträge abschließen müßten, um sich die geeignetsten Lokale und Verkaufsstände zu sichern.

Die Wartehalle der Lodzger Elektrischen Zufuhrbahnen befindet sich in einem Frontlokale der Hallen.

Informationen erteilt: **S. KLEIN, Rzgowska-Strasse 4, Telephon 134-21.**

**Revue-Theater JAR** Kilińskiego 124  
Tel. 215-15  
Tramzufahrt mit den Linien 4, 10, 16 u. 17

Heute durchschlagende Premiere  
um d. Tit. „**Yo=Yo**“  
Tägl. 2 Vorstellungen: um 8 u. 10 Uhr, Sonnabends, Sonn- u. Feiertags 3 Vorstellungen: um 6, 8 u. 10 Uhr.

Revue voller Humor, Gesang und Tänze. Es nehmen die hervorragendsten Revuekräfte aus Warschau mit Wolinski an der Spitze teil. **Targiels.**  
Lustig — Fröhlich — Lieb  
Billig — Pitant.  
— Preise d. Plätze v. 75 Gr. bis 3 Plätze

**Kirchengefangverein der St. Trinitatisgemeinde zu Lodz**

Montag, den 31. Oktober l. J., pünktlich um 9 Uhr abends,

findet im eigenen Vereinslokale die Feier unseres

## 73. Stiftungsfestes

statt. Gewähltes Programm. Unter anderem Aufführung des Oratoriums

### „Babylon“

von H. Zöllner, II. Teil.

König Belsazar — Herr Hugo Walter  
Daniel — Herr A. Sokolowski

Zu dieser Feier ladet die Herren Mitglieder nebst werten Angehörigen herzlichst ein  
der Vorstand.



Männergesang-Verein „Eintracht“ Lodz.

## 25jähr. Jubiläum

Anlässlich unseres 25jährigen Bestehens veranstalten wir in unseren Vereinsräumen, Senatorstra 7, am Sonnabend, den 29. Oktober d. J., um 8.30 Uhr abends, einen

## Commers

mit reichhaltigem Programm unter gütiger Mitwirkung der Vereine „St. Trinitatis“, „St. Johannis“, „Concordia“ und „Männergesangverein Babianice“, wozu wir hiermit alle Sangesfreunde höflich einladen.

Montag, den 31. Oktob. d. J., um 9 Uhr abends, findet ebenfalls in unseren Vereinsräumen ein

## Festball

mit vorangehendem Programm statt, wozu wir alle befreundete Vereine sowie Gönner unseres Vereins höflich einladen.

Die Verwaltung.

**Zahnärztliches Kabinett**  
Glawna 51 Sandomyska Tel. 174-93

Künstliche Zähne.  
Empfangsstunden bis 8 Uhr abends.  
Sollanitätspreise.

**Kleine Anzeigen**

in der „Lodzger Volkszeitung“  
haben Erfolg!

**Dr. med. H. KRAUSKOPF**

Geburtshilfe und Frauenkrankheiten  
zurückgekehrt

wohnt jetzt **Zgierska 15** Tel. 113-47  
Sprechstunden von 4—7

## Die große Ueberraschung

Der stärkste Buchkalender in Polen

**Volksfreund-Kalender** für Stadt und Land  
auf das Jahr 1933

nur **Pl. 1.25**

280 Seiten Umfang  
Religiöser Beistoff

Strichen- und Gemeindegeschichte

Belehrung und Unterhaltung  
Reiches Bildmaterial

Wandkalender 1933.

Schmuck Bilderbeilage

bereits erhältlich

in allen Buchhandlungen und bei den Austrägern der deutschen Tageszeitungen.



**Lodzger Turnverein „Kraft“**

Wir erfüllen hierdurch die traurige Pflicht, die Mitglieder von dem Ableben unseres Mitgliedes, Herrn

### Jacob Schükler

in Kenntnis zu setzen. Wir verlieren in dem Verschiedenen ein eifriges Mitglied dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Die Verwaltung.

P. S. Sammelpunkt am Donnerstag, den 27. d. M., um 1.30 Uhr, am Trauerhause, Zargowa 78. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen in Vereinsmütze wird ersucht.



**Musikverein „Stella“**  
Rapiortowskiego 62/64.

Sonnabend, den 5. November l. J., um 8 Uhr abends, findet im eigenen Lokale eine

### Generalversammlung

statt. Tagesordnung: Besprechung des 25. Stiftungsfestes unseres Vereins. Um vollständiges Erscheinen aller Herren Mitglieder bittet die Verwaltung.



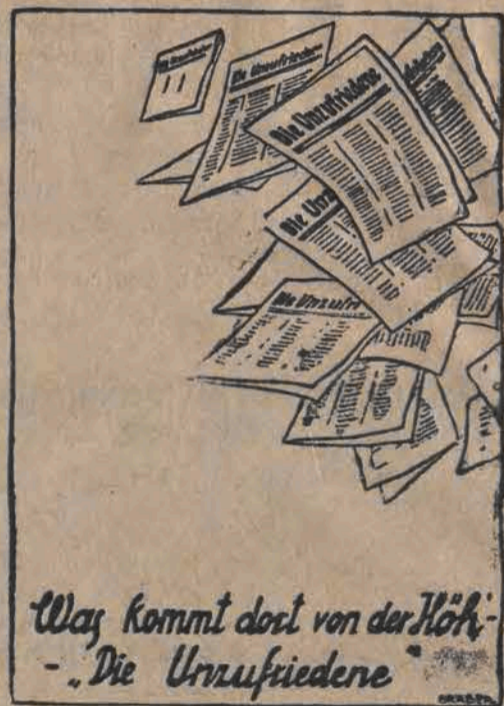
**Lodzger Sport- u. Turnverein**

Sonnabend, d. 29. Oktober, um 8.30 Uhr abends, veranstalten wir im eigenen Vereinslokale, Jankomstr. Nr. 82, ein

## Schauturnfest

verbunden mit **Retretenabschiedsfeier.**

Die Herren Mitglieder nebst werten Angehörigen, sowie befreundete Vereine und Gönner des Vereins werden höflichst eingeladen. Die Verwaltung.



„Wag kommt dort von der Höh“  
- „Die Unzufriedene“

die Wiener Zeitschrift für die Frau

Nur 20 Groschen die Woche.

Verlangen Sie noch heute vom Austräger gratis Probenummern.

Buchvertrieb „Volkspreffe“, Petrikauer 109

## Theater- u. Kinoprogramm.

**Städtisches Theater** Heute 8.30 Uhr, Marjusz!  
**Kammer-Theater** Heute „Lieber Leopold“  
**Teatr Popularny:** „Mädchenmarkt“  
**Jar:** Revue „Yo-Yo“

**Capitol:** Schanghai-Expres

**Casino:** Mata Hari

**Corso:** In Verteidigung der Wahrheit und

der Ehre — Jungfrau von Orleans

**Grand-Kino:** Hab mich heute lieb

**Luna:** Lilian will sich scheiden lassen

**Metro:** Was träumen die Mädchen

**Adria:** Wind vom Meere — Die grüne Brigade

**Oswiatowe:** Brüder Karamasow — Die

Zirkustochter

**Przedwiośnie:** Tragödie auf dem Mont Blanc

**Splendid:** Die Stimme der Wüste

**Rakieta:** Ein bezaubernder Junge



